

# i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 375 27. Dezember 2006

13. Jahrgang

## ¡Fijáte, vos! - es geht weiter!

Die guten Geister haben unseren Aufruf erhört und die solidarischen LeserInnen das Weiterbestehen des ¡Fijáte! finanziell abgesichert, zumindest für das kommende Jahr. Wir danken für alle kleinen, grossen und riesigen Unterstützungsangebote, die ihr uns zugesichert habt! Es ist schön zu wissen, dass der ¡Fijáte! geschätzt und gelesen wird. Wir werden unser Bestes tun, euch auch in Zukunft mit interessanten Nachrichten, Informationen und Berichten aus Guatemala zu versehen.

Zum Praktischen: Die AbonnentInnen in der Schweiz erhalten die Jahresrechnung 2007 mit dieser Post. Diejenigen, die uns bereits eine finanzielle Zusage gemacht haben, bzw. das noch kurzfristig beschliessen, sind gebeten, den entsprechenden Betrag zusätzlich zum Abopreis mit beiliegendem Einzahlungsschein zu überweisen. AbonnentInnen in Deutschland werden ihre Jahresrechnung im Laufe des Januars bekommen. Auch hier bitten wir diejenigen, die bereit sind, einen Sonder- oder Aufpreis für ihr Abo zu bezahlen oder uns eine Spende zukommen zu lassen, es mit dem Begleichen der Rechnung zu erledigen. In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal einen speziellen Aufruf an alle Organisationen und Vereine machen, die EIN Abo bezahlen und MEHRERE bis VIELE Leute damit beliefern. Das ist nicht die Idee, wir können und wollen das zwar nicht kontrollieren, aber wir bitten Euch, beim Überweisen Eures Abobetrags grosszügig zu sein! Selbstverständlich stellen wir euch auf Wunsch Spendenbescheinigungen aus, bitte gebt dies dann an.

An die AbonnentInnen, die den ¡Fijáte! auf Papier beziehen: Die meisten von euch haben sicher unterdessen einen schnellen Computer, der auch PDF-Formate öffnen kann. Bitte meldet Euch, falls ihr auf ein E-Mail-Abo umzusteigen bereit seid, damit helft ihr uns, Kopierzeit und -Kosten zu sparen.

Euch allen wünschen wir ein fulminantes Jahresende und einen guten Start ins Kommende. Nochmals ganz herzlichen Dank für eure Treue und Unterstützung, sei diese nun finanzieller, materieller oder moralischer Art!

Christiane Treeck und Barbara Müller

## Guatemala, 10 Jahre danach...

### „Es braucht Räume, um frei denken zu können“

Miguel Ángel Albizures erlebte die Zeit des bewaffneten Konflikts als Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivist und Journalist. Sein Engagement zwang ihn, ins Exil zu gehen. Heute ist er Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation CALDH und Teil der Nationalen Menschenrechtsbewegung, in der verschiedene Organisationen vereint sind. In einem am 4. Dezember in *ALAI, América Latina en Movimiento* (<http://alainet.org/>) publizierten Interview mit Andrés Cabanas spricht Albizures über seine Einschätzung der Umsetzung der Friedensabkommen und darüber, wie er sich eine „linke“ Zukunft in Guatemala vorstellt.

*Frage:* Verschiedene Analysen kommen zu dem Schluss, dass die Friedensabkommen nur ungenügend umgesetzt wurden. In welchen Aspekten hat sich in Guatemala in den letzten 10 Jahren eine Veränderung zum Guten entwickelt, in welchen Bereichen wurden die Abkommen umgesetzt?

*Miguel Ángel Albizures:* Ein wichtiger Aspekt ist, dass der Krieg zu Ende ging, dass die Waffen schweigen. Die Demobilisierung der URNG war ein historischer Moment, ebenso die Verkleinerung der Armee, auch wenn in diesem Bereich bereits wieder Rückschritte zu verzeichnen sind.

Es gab den Versuch, das Justizsystem zu transformieren, leider ist es bei dem Versuch geblieben. Ein anderer Versuch war die Schaffung einer Polizeiakademie, eine absolute Notwendigkeit, die aber leider noch nicht so funktioniert, wie sie eigentlich sollte.

Zu Bedenken ist auch der Grad der politischen Beteili-

gung der indigenen Bevölkerung. Ob diese nun politisch ausgenutzt wird, oder ob es ihre eigene Suche nach Spielräumen ist, ihre Partizipation ist jedenfalls enorm wichtig.

Einen weiteren Fortschritt sehe ich in der Schaffung verschiedener Sekretariate und Institutionen wie z.B. das *Präsidentiale Sekretariat für Frauenfragen*, SEPREM, die *Präsidentiale Kommission gegen Diskriminierung und Rassismus*, CODISRA, und andere. Es stimmt, dass diese Institutionen an ihre Grenzen kommen, dass ihnen Hindernisse in den Weg gestellt werden und sie ein zu kleines Budget haben, aber es sind Instrumente, die existieren und deren Dynamik eines Tages zum Tragen kommen kann.

*Frage:* Wo siehst du die fundamentalen Defizite bei der Umsetzung der Abkommen?

*M.Á.A.:* Man muss bedenken, dass die Friedensab-

kommen als ein Instrument gedacht waren, um das Land zu verändern. Im Moment der Friedensunterzeichnung hätte man eine Einheitsregierung bilden sollen. Doch man entschied sich, mit einer Regierung weiter zu arbeiten, die Vertreterin der Oligarchie war und keinerlei Interesse daran hatte, die Abkommen umzusetzen. Es wäre wichtig gewesen, in jenem Moment per Volksabstimmung eine Regierung zu wählen, in der alle Sektoren vertreten gewesen wären, die an den Friedensverhandlungen beteiligt waren. Wäre dies geschehen, müssten wir heute nicht so lamentieren wie wir es tun.

Da dies aber nicht geschehen ist, haben wir nun ein Defizit, was die Veränderung und Modernisierung des Staates betrifft. Der Staat als solcher existiert quasi nicht, unser Justizwesen funktioniert nicht, die Korruption korrodiert alles.

Allgemein kann man von strukturellen Menschenrechtsverletzungen sprechen und es ist nirgends ein politischer Wille auszumachen, diese Situation zu verändern.

*Frage:* Wie sieht deine Evaluation des Abkommens über die Menschenrechte aus? Dieses Abkommen war ja seinerzeit strategisch sehr wichtig, es war das einzige, das bereits vor der definitiven Unterzeichnung der Friedensabkommen in Kraft trat.

*M.Á.A.:* Meine Beurteilung fällt sehr, sehr negativ aus. Wir haben ein Defizit in Sachen Gesundheit, was eine Menschenrechtsverletzung ist, ebenso im Bereich Erziehung. Aber das Schlimmste ist, dass in Guatemala Menschen verhungern. Dies sollte den Unternehmenssektor und die Regierungspolitikern beschämen: Leute verhungern zu lassen in einem Land, das über so grosse Ressourcen verfügt. Diejenigen, die wirklich Veränderungen bewirken könnten, unterlassen dies geflissentlich.

Das chronische Übel in Guatemala, die Landfrage, wird nicht angegangen. Es werden gewaltsame Landräumungen vorgenommen anstatt Lösungen zu suchen. Es werden Sekretariate geschaffen, Abkommen unterzeichnet, die nicht bindend sind und entsprechend nicht eingehalten werden. Die BäuerInnenorganisationen haben mit dieser und den vorherigen Regierungen zahlreiche Verträge unterzeichnet, doch die Situation auf dem Land hat sich nicht verändert.

Ein weiterer Aspekt ist die politische Gewalt, denen gewisse Sektoren ausgesetzt sind, speziell die Menschenrechtsorganisationen. Sie werden überwacht, verfolgt, die ganze soziale Bewegung wird kriminalisiert, eine Politik die

übrigens in ganz Lateinamerika anzutreffen ist und die von den Vereinigten Staaten ausgeht. Die sozialen Organisationen sollen demobilisiert, ihre Aktivitäten paralytisch werden. Dies war im Jahr 2005, bei den Protesten gegen die Freihandelsabkommen, TLC, sehr augenfällig. 2005 und 2006 konnte man es gegen die Bewegungen beobachten, die sich gegen den Minenbau wehrten, die Tendenz wird 2007 weitergehen.

*Frage:* Du selber gehörst einer Organisation an, die immer wieder bedroht wird...

*M.Á.A.:* Ich habe das Gefühl, dass wir einen Rückschritt in die Vergangenheit machen. Die Menschenrechtsorganisationen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die am Völkermord beteiligten Ex-Funktionäre vor Gericht zu bringen, werden wieder mit einem antikommunistischen Diskurs belegt. Dies führte zu Drohungen gegen uns, gegen Einzelpersonen, Organisationen, oder ganze Gemeinden, wie in Rabinal. Es wurde zu einem geschlossenen Vorgehen gegen die Menschenrechtsorganisationen und zur Verteidigung der beschuldigten Ex-Militärs und Ex-Funktionäre aufgerufen.

Der Ruf nach Gerechtigkeit und nach der Würdigung der Opfer wird kriminalisiert. Man will verhindern, dass Recht gesprochen wird und damit ist ein anderes wichtiges Thema angesprochen: Man will verhindern, dass es Präzedenzfälle gibt. Wenn die Justiz funktionieren würde, würden sie sich nicht trauen, uns öffentlich, in Pressekonferenzen und in Zeitungsinserten, zu bedrohen.

*Frage:* Ist es also in Guatemala weiterhin gefährlich, Oppositionspolitik zu machen?

*M.Á.A.:* Zweifellos. Wir durchleben einen bevormundeten Demokratisierungsprozess. Es ist klar vorgegeben, was drin liegt und wo die Grenzen sind. Es ist gefährlich, das Recht zu verteidigen, seine Rechte einzufordern, oder sich auf das Recht auf politische Beteiligung zu berufen.

Die Gründung von MAIZ (*Movimiento Amplio de Izquierdas* – Breite Bewegung der Linken), ursprünglich bekannt als *Frente Político y Social de Izquierdas* (Soziale und Politische Front der Linken) hat viele Ängste wieder erweckt. Solche Prozesse, mit all den Schwächen, die ihnen innewohnen, erschrecken die guatemaltekeische Bourgeoisie. In solchen Momenten ist dann plötzlich der Diskurs der „harten Hand“ wieder populär und die verschiedenen Parteien werden von Militärs bevölkert.

Es tauchen plötzlich wieder „besorgte BürgerInnen“ auf, die glauben, dass es in Guatemala eine kommunistische Gefahr gibt und dass diese bekämpft werden muss. Dies zu tun, legitimiert auch die Anwendung repressiver Mittel.

Heute ist unsere Gesellschaft gespalten, die einen ziehen in eine Richtung, die anderen in die gegenteilige. Sobald sie aber einen gemeinsamen Feind haben wie in den 70er Jahren, schliessen sich der konservative Wirtschaftssektor und das Militär zusammen, das sich weigert, die ihm durch die Friedensabkommen auferlegte Rolle zu übernehmen. Erst langsam beginnt auch ein Teil der Linken zu merken, dass sie sich vereinen muss, dass es gemeinsame Ziele gibt und dass wir uns eine Spaltung nicht leisten können.

*Frage:* Kann man unterscheiden zwischen der Gewalt als eine Politik des Staates und der Gewalt, die von den parallel zum Staat funktionierenden Gruppen ausgeht?

*M.Á.A.:* Es ist sehr heikel, die Gewalt als eine Politik des Staates zu interpretieren, das wäre ein riesiger Rückschritt. Ganz sicher existiert aber eine Komplizenschaft, die sich in Nichtstun und Geschehenlassen ausdrückt und für die der Staat die Verantwortung trägt. Auf der anderen Seite gibt es aber auch keine Sicherheitsstrategie, mit der den BürgerInnen das Ausüben ihrer Rechte garantiert würde.

Es gibt repressive Apparate, die sich in den staatlichen Institutionen eingenistet haben. Es gibt klandestine

## ¡Fijate!

Herausgegeben von:  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**  
Postbank Karlsruhe  
BLZ: 660 100 75  
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

**Redaktion:**  
Barbara Müller

Christiane Treeck  
c-tree@gmx.net

**Aboverwaltung:**  
Ewald Seiler  
Rahel-Varnhagen-Str. 15  
79100 Freiburg  
fijate@web.de

**Jahres-Abo: 55.- €**  
**Auslands-Abo: 60.- €**  
**E-Mail-Abo: 50.- €**  
**Erscheinungsweise 14-täglich.**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

[www.guatemala.de/fijate](http://www.guatemala.de/fijate)

Gruppen und illegale Körperschaften, in deren Machenschaften Militär- und Polizeiangehörige involviert sind, und auch die ungehinderte Verbreitung des organisierten Verbrechens gehört zu dieser Thematik. Abgerundet wird das Ganze von der Unterlassung des Staates, irgendetwas zu tun.

*Frage:* Du bezeichnest die Prozesse gegen Ex-Militärs und Ex-Funktionäre, die wegen Genozids angeklagt sind, sowohl als einen Unsicherheitsfaktor für euch MenschenrechtsaktivistInnen, wie auch als etwas Positives bei der Suche nach Gerechtigkeit. Wie sieht die Zukunft für diese Prozesse aus?

*M.Á.A.:* Ich glaube, dass es sich hier um einen historischen Moment handelt. Es ist das erste Mal, dass die guatemaltekische Justiz, unter Druck und aus Angst, das internationale Recht könnte angewendet werden, zu handeln beginnt. Ich glaube nicht, dass diese Auslieferungen bald vollzogen werden, aber ich hoffe, dass wenigstens die nationalen Justizbehörden sich gezwungen fühlen, rechtmässig zu handeln. In diese Richtung lenken wir unsere Hoffnung und überlegen uns, welche Art von Druck wir ausüben können, um diesen Prozess zu beschleunigen.

Ich hoffe, dass sich Ríos Montt eines Tages der Justiz stellen muss, ob das nun die guatemaltekische oder die internationale Justiz ist, und diese Hoffnung verliere ich nicht. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deren er sich schuldig gemacht hat, können nicht straflos bleiben.

Zweifellos wird die Angelegenheit politisiert. Es gibt Abmachungen und Händel innerhalb des Kongresses, in den oberen Führungsetagen. Aber ich glaube, am Ende sind der internationale Druck und das Prinzip des internationalen Rechts stärker.

Es ist aber auch eine Frage der Würde: Irgendwann können sie ihre Augen nicht länger verschliessen, vor allem, wenn es reale Beweise gibt. Wir führen den Fall des Massakers von Dos Erres, Petén seit 1994/95. Wir haben Exhumierungen durchgeführt, es gab 34 Einsprüche seitens der Angeklagten, die Staatsanwaltschaft meinte, es gäbe nicht genügend Beweismaterial um einen Prozess durchzuführen. Wir haben 162 Skelette gefunden, 67 davon gehörten Kindern unter 12 Jahren. Und die Richter behaupten immer noch, dass zu wenige Beweise vorliegen und sprechen von einer bewaffneten Auseinandersetzung.

Aber irgendwann wird sich das ändern müssen und irgendwann werden wir unsere Beweise vorlegen können. Es ist nicht mehr so wie früher, als das Ju-

stizwesen gänzlich der Exekutive unterworfen war, heute versucht es wenigstens, ein Mindestmass an Unabhängigkeit zu erreichen.

*Frage:* Wie siehst du in diesem Kontext der Gewalt und dem nicht Respektieren der Menschenrechte die Zukunft der Friedensabkommen? Sind sie immer noch eine gültige Agenda für Guatemala?

*M.Á.A.:* Mit all den Schwächen, die sie haben, sind sie immer noch gültig. Es ist wichtig, dass die soziale Bewegung sich die Friedensabkommen auf die Fahnen schreibt. Man muss weiterhin den Finger auf die wunden Punkte legen und auf ihre Umsetzung insistieren. Die Friedensabkommen sind eine Minimalagenda, nichts Übertriebenes. Ausserdem sind sie realistisch, was ihre Umsetzung betrifft.

Das Problem sind die Interessen, die in Guatemala gegeneinander ausgespielt werden und der konservative Charakter der Bourgeoisie: Es geht ihr nur um Akkumulation, die Rechte der weniger Bemittelten werden mit Füßen getreten, die Arbeitskraft aufs Maximum ausgenutzt, ohne sich gleichzeitig Gedanken darüber zu machen, wie die Kaufkraft erhöht werden könnte, um den internen Markt anzutreiben.

Wenn wir über die Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft sprechen, müssen die Friedensabkommen beim Wort genommen werden. Das Militär darf sich nicht in interne Sicherheitsfragen einmischen, es muss eine zivile Sicherheitskraft ausgebildet werden, es müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, dass eine solche überhaupt arbeiten kann.

*Frage:* Werden die politischen Veränderungen in Lateinamerika auch Guatemala beeinflussen? Oder wird das Land weiterhin intern gespalten und extern isoliert bleiben?

*M.Á.A.:* Guatemala kann so nicht weiter machen. Es muss zumindest einen kleinen, gewaltig modernisierten, ökonomischen Sektor geben, der weniger aufs Hamstertum aus ist. Auch im Militär muss es Sektoren geben, die nicht aus Granit sind, solche hat es schon immer gegeben und die sind auch zu Veränderungen fähig.

Die guatemaltekische Bourgeoisie hat sich als unfähig erwiesen, Änderungen herbeizuführen, nicht einmal zu ihren eigenen Gunsten. Sie ist gescheitert, ein Beispiel dafür ist die aktuelle Regierung, die ein Fiasko für die dominante Klasse ist.

Was in Bolivien geschehen ist, jetzt

auch in Ecuador, oder mit Chávez in Bolivien – die Kritik an seinem Personenkult ist erlaubt – wird auch Guatemala beeinflussen.

Guatemala kann nicht zurück stehen. Wir müssen nach Auswegen suchen, und dafür braucht es ein klares Bewusstsein der sozialen Bewegung, der sozialen FührerInnen. Sie müssen wissen, wie solche Veränderungen herbeigeführt oder ausgehandelt werden müssen und sie müssen dafür einstehen, dass Guatemala nicht eine Hazienda bleibt, auf der einige wenige Familien machen können, was sie wollen.

*Frage:* Du hast von der Notwendigkeit der Einheit der Linken gesprochen und der Suche nach Gemeinsamkeiten. Worin besteht die Herausforderung für die Linke, die Friedensagenda durchzusetzen?

*M.Á.A.:* Mir macht ein Punkt in diesem Vereinheitlichungsprozess innerhalb der Linken Sorgen: Es ist das erste Mal, dass sich die sozialen Bewegungen als Organisationen öffentlich aussprechen und sich unter ein gemeinsames Dach stellen. Bisher haben sie sich immer einzelnen Personen angeschlossen. Mit diesem gemeinsamen Dach identifizieren sich ganze Bewegungen: Ceiba, das Kollektiv der sozialen Organisationen... das bedeutet auch eine Veränderung der Selbstdefinition dieser Organisationen. Meine Angst ist, dass dies in der Zukunft erneut zu Spaltungen führt. Es braucht eine grosse politische Reife der Führung der diversen Sektoren, damit nicht das geschieht, was wir schon einmal erlebt haben: Die Spaltung der URNG führte auch zu Spaltungen ihrer Organisationen, z.B. innerhalb der Gewerkschaften.

Eine andere Sorge die ich habe, betrifft die Wahlkandidaturen. Hoffentlich zerbricht der ganze Prozess nicht an persönlichen Interessen oder an Gruppeninteressen, die nach wie vor bestehen.

Wir haben uns stark von den Streitereien der Führungsspitzen, von parteipolitischen Einflüssen, und mehr noch, vom „Kommandantismus“ beeinflussen lassen. Was es braucht, ist ein eigenständiges Denken, das Entwickeln eigener Meinungen, ja, es braucht überhaupt erst Räume, in denen frei gedacht und argumentiert werden kann. Räume, in denen unterschiedliches politisches Denken Platz hat und nicht nur blinder Gehorsam.

Wir müssen das Sektierertum überwinden, wir müssen daran denken, was uns als Land und als Personen erwartet, wenn wir nicht in der Lage sind, minimale Gemeinsamkeiten zu finden.

## Kongress bewilligt US-Militärpräsenz in San Marcos

**Guatemala, 30. Nov.** Unter dem Namen *Nuevos Horizontes* – Neue Horizonte – werden von Januar bis August 2007 Angehörige des *Comando Sur* des US-amerikanischen Militärs in der ländlichen Gegend des westlichen Hochlands von San Marcos im Einsatz stehen. Dies ist die Fortsetzung eines Programms, das 1994 unter dem Namen *Caminos Fuertes* – Starke Wege – begann. Die Aufgabe der Truppen besteht in der „humanitären Hilfe“ in der vom Hurrikan Stan stark betroffenen Region und umfasst medizinische Hilfe, den Bau von Schulen und Brunnen und weitere Infrastrukturarbeiten.

Es gibt viele und gute Gründe, diese Militärpräsenz zu hinterfragen. Alba Estela Maldonado, Kongressabgeordnete der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG), kritisiert das Programm und fragte, weshalb US-amerikanische Ärzte eingeflogen werden müssen, wenn gleichzeitig den in Kuba ausgebildeten guatemalteckischen ÄrztInnen Hindernisse bei der Ausstellung einer Arbeitsbewilligung für Guatemala

in den Weg gestellt werden, obwohl diese ihre Bereitschaft signalisierten, in abgelegenen, ländlichen Gegenden zu arbeiten. Ebenfalls fragt sich Maldonado, wer und wie die Arbeit des US-Militärs kontrollieren wird.

Marco Antonio Barahona von der *Vereinigung für soziale Untersuchungen und Studien* (ASIES) meinte: „Einerseits können die US-amerikanischen Truppen Übungen und Trainings durchführen, die sie im eigenen Land nicht machen können – andererseits helfen sie den Armen.“ Und zumindest gemäss dem Unionista-Abgeordneten soll sich *Nuevos Horizontes* von der anderen Militärpräsenz der USA im Land, dem *Plan Maya Jaguar* im Petén, dessen Aufgabe die Unterstützung des Antidrogenkampfes ist, unterscheiden.

Carmen Aída Ibarra von der *Mirna Mack-Stiftung* vermutet strategische Interessen hinter der „guten Tat“. Tatsächlich sei daran erinnert, dass es im Hochland von San Marcos mehrere Konfliktherde gibt (siehe ¡Fijáte! 358): Als Grenzregion zu Mexiko ist es An-

bau- und Durchgangsgebiet für Drogen, der Widerstand der Bevölkerung gegen die Präsenz transnationaler Minenunternehmen hat internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Mehrmals ist es in den vergangenen Jahren zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen im Drogenhandel aktiven Dorfbossen oder zwischen den Sicherheitskräften des Minenunternehmens und der sich dagegen wehrenden Bevölkerung gekommen. Im September 2005 verhängte die Regierung während 14 Tagen den „Präventionszustand“ über San Marcos und führte gross angelegte Kontrollen und Razzien durch.

Seit neuestem hat sich in San Marcos die *Widerstandsbewegung gegen Wasserkraftwerke und die Ausbeutung der Naturressourcen* gebildet, in der 29 ländliche Gemeinden mit rund 3000 EinwohnerInnen zusammengeschlossen sind. Sie befürchten, dass der geplante Bau eines Wasserkraftwerks, das im Einzugsgebiet der Flüsse Cutzulchimá, Negro und Canuja liegt, ihnen das Wasser für ihre Gemeinden entzieht.

## UNO-Kommission gegen Straflosigkeit wird eingesetzt

**Guatemala, 13. Dezember.** Mindestens die Vertreter UNO und der guatemalteckischen Regierung, einigten sich und unterzeichneten das Dokument, mit der die Einsetzung einer *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* CICIG eingesetzt werden kann. Nun liegt es am guatemalteckischen Kongress, das Abkommen zwischen der Regierung und der UNO ratifizieren, damit die Kommission zu arbeiten beginnen kann. Der entsprechende Entscheid wird in der ersten Januarhälfte 2007 erwartet, doch wie bereits bei der CICACS, dem Vorgängerprojekt der CICIG, wurden Stimmen sowohl aus dem Kongress wie aus Juristenkreisen laut, die davon sprechen, dass die Kompetenzen, die der Kommission zugesprochen wurden, die guatemalteckische Verfassung verletzen. Gemäss den Vereinbarungen der beiden unterzeichnenden Seiten wird sich die CICIG aus ausländischem Personal zusammensetzen und die guatemalteckische Staatsanwaltschaft (MP) in ihrer Arbeit unterstützen.

Bislang ist weder bekannt, wieviele Personen in der internationalen Institution arbeiten werden, noch wer den Vorsitz führen wird. Das Mandat ist jedoch eindeutig vorgegeben: es geht um die Aufdeckung klandestiner Organisationen sowie deren Aktivitäten, Vorgehensweisen, Finanzquellen und Verbin-

dungen zu staatlichen Einrichtungen und anderen Sektoren. Die Nachforschungen der Kommission sollen die Zerschlagung der illegalen und im Untergrund tätigen Apparate unterstützen und entsprechende strafrechtliche Sanktionen einleiten. Die CICIG kann in Prozessen als Nebenklägerin aufzutreten, wenn sie dies für notwendig erachtet.

Die Medien informierten vorab darüber, dass die Kommission trotz ihres erweiterten Mandates eine Laufzeit von (nur) zwei Jahren haben werde. Das Gesetz erfordere aber zunächst, dass die Legislative die von der Exekutive erzielte Vereinbarung ratifiziere, damit die CICIG ihre Aktivitäten aufnehmen kann. Mehrere Organisationen der Zivilgesellschaft erklärten sich bereit, die CICIG zu unterstützen. Sie forderten den Kongress auf, die betreffende Vereinbarung zu ratifizieren.

Einige der Organisationen haben jedoch Zweifel bezüglich der Beteiligung der Staatsanwaltschaft angemeldet. Die *Gruppe der gegenseitigen Unterstützung* GAM, wies darauf hin, dass die CICIG bei der Ausübung ihres Mandats auf Widerstand stossen könne. So müsse sie wahrscheinlich damit rechnen, dass einige Abteilungen der Justiz keine grosse Kooperationsbereitschaft zeigen werden. Die hauptsächliche Sorge der GAM gilt jedoch einer möglichen

Einflussnahme der Staatsanwaltschaft. Die GAM sagte gegenüber der Presse, man müsse in Betracht ziehen, dass viele Institutionen von illegalen und geheimen Strukturen infiltriert seien. Trotzdem bat er die Abgeordneten, die Rechtsnorm zu verabschieden.

Die Myrna-Mack-Stiftung FMM, rief die Öffentlichkeit und insbesondere die Abgeordneten dazu auf, die Bedeutung der CICIG verantwortlich zu reflektieren und einzuschätzen. Zudem wies sie auf den wichtigen Impuls hin, den Initiativen wie diese Kommission geben könnten. Schliesslich gehe von den im Untergrund agierenden Apparaten weiterhin eine erhebliche Gefahr aus. Frieden, Regierbarkeit, Demokratie, Rechtsstaat und die Einhaltung der Menschenrechte blieben gefährdet, wenn man die illegalen Strukturen nicht beseitige, bekräftigte die Myrna-Mack-Stiftung.

Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido erklärte indes, dass die UNO-Kommission bei den Nachforschungen nur eine assistierende Rolle spielen und keine unabhängige Nachforschungen betreiben werde. Florido kündigte an, er werde die Einrichtung einer Sonderstaatsanwaltschaft prüfen, die sich mit dem Mandat der CICIG auseinandersetzen soll. Er schickte bereits voraus, dass die internationale Struktur nicht unabhängig arbeiten können werde.

## Was geschah in *El Pavon*?

**Guatemala, 18. Dez.** Was gerüchtemässig schon seit längerem die Runde machte, scheint sich immer deutlicher zu bestätigen: Ein Bericht der Menschenrechtsombudstelle (PDH) verstärkt nun endgültig die These, dass sich die sieben hochrangigen Gefangenen, die am 25. September bei der "Stürmung" oder "Befreiung" des Hochsicherheitsgefängnisses *El Pavon* durch Sicherheitskräfte umkamen (siehe ¡Fijáte! 369), in keiner Weise gewehrt haben, wie es in der Version des Polizeidirektors, des Innenministeriums und der Gefängnisbehörde heisst, sondern schlicht und einfach hingerichtet wurden.

Mitgefangene bestätigten, dass es keinen Widerstand seitens der Gefängnisinsassen gab. Als die Polizei das Gefängnis stürmte, hätten sie sich ergeben, doch ohne irgendeine Erklärung oder Warnung hätten die Polizisten wie verrückt um sich geschossen. Während sich die Gefangenen in Reihen aufstellen, um in das nebenan gelegene Untersuchungsgefängnis *Pavoncito* verlegt zu werden, seien die sechs der sieben Gefangenen von einem Kommando verummter Männer aufgerufen und abgeführt worden. Der siebte, Jorge Batres, wurde zuerst tatsächlich in das *Pavoncito* verlegt. Dort wurde er per Lautsprecher ausgerufen, er solle sich bei den Gefängnisbehörden melden, da seine Anwältin ihn sprechen wolle. Seine Zellengenossen haben als Beweis dafür, dass er lebend nach "El Pavoncito" gebracht wurde, seine Jacke, denn nachdem er sich den Gefängnisbehörden gestellt hatte, wurde er nicht mehr lebend gesehen. Sein toter Körper wurde in seinem Haus im gestürzten "Pavon" gefunden.

Ebenfalls per Lautsprecher ausgerufen worden ist offenbar der für die Ermordung der Anthropologin Myrna Mack verurteilte Militärspezialist Noel de Jesús Beteta, doch habe sich dieser den Gefängnisbehörden nicht gestellt und sich so wahrscheinlich das Leben gerettet.

Die Gefangenen seien "mit Gewehren und Handgranaten in den Händen" gestorben, lautet die Version der Polizei. Umso eigenartiger ist es, dass gemäss dem Bericht der PDH bei keinem der Toten die entsprechenden Spurenproben genommen wurden, um festzustellen, ob sie Schwarzpulverspuren an ihren Händen hatten.

Gemäss Autopsieberichten starben drei der Gefangenen durch Schüs-

se in die Brust und in den Bauch, die anderen drei durch Schüsse in den Hals, den Kopf und in die Schläfe. Ihre toten Körper wurden an verschiedenen Orten geborgen. Die PDH beklagt sich darüber, dass ihr die detaillierten Autopsieberichte vorenthalten wurden. Forensische Untersuchungen von Fotos, die JournalistInnen von den Örtlichkeiten gemacht hatten, wo die Ermordeten gefunden wurden, kommen zu dem Schluss, dass gemäss der Art der Blutspuren, die tödlichen Schüsse aus nächster Nähe abgegeben wurden.

Widersprüchliche Aussagen gab es auch über einen vermeintlich verletzten Polizisten. Während die eine offizielle Version, die auch von den Medien wiedergegeben wurde, lautet, der Polizist sei von Schüssen seitens der Gefangenen verletzt worden, will der Sicherheitschef der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) nichts von einem Verletzten in seinen Reihen wissen.

Eine Reportage der *Prensa Libre*-Journalistin Claudia Méndez Arriaza, die sich selber als Pavon-Kennerin bezeichnet, da sie seit Jahren zu diesem Thema recherchiert, weist in die selbe Richtung wie der PDH-Bericht. Méndez Arriaza kritisiert in ihrem Artikel vom 4. Dezember die Doppelmoral, mit der die Regierung dem Jahrelangen Treiben in dem Gefängnis, das als ein "Staat im Staat" beschrieben wird, zugesehen und indirekt davon profitiert hat. "Durch welche Tore sind die Baumaterialien hereingekommen, mit denen die Gefangenen ihre Häuser bauten? Durch welche Tore kamen die sieben Telefonkabinen, die im Pavón funktierten, all die Computer, der Schnaps, die gestohlenen Autos?" fragt die Journalistin.

Ihren BerufskollegInnen, die im Vorfeld der Aktion über die skandalöse Situation, die in *Pavon* herrschte, berichteten und den "Überfall" medial begleiteten, wirft sie vor, durch eine einseitige und unkritische Berichterstattung über das (demokratisch gewählte) gefängnisinterne Ordnungskomitee COD, eine Stimmung in der Öffentlichkeit verbreitet zu haben, die der Ermordung der sieben Gefangenen zu breiter Akzeptanz und Legitimation verhalf. Wenn das offizielle Ziel tatsächlich war, das COD zu zerstören und die Kontrolle über das Gefängnis wieder zu erlangen, erstaunt es ein wenig zu erfahren, dass von den sieben getöteten Männern sechs überhaupt nie Mitglieder des COD waren.

Der Kolumbianer Jorge Batres zum Beispiel wurde im Jahr 2001 wegen Drogenhandels zu 12 Jahren verurteilt. Sein Anwalt war daran, für ihn eine Haftumwandlung zu beantragen, und mit etwas Glück hätte er den Rest seiner Strafe ab dem 5. November 2006 in bedingter Form absolvieren können. Die Geldstrafe, die er für seinen Prozess bezahlen musste, hatte er bereits vor einem Jahr beglichen.

Carlos Barrientos, ein anderer Häftling, der bei den "Ereignissen vom 25. September", wie der Überfall in die Gefängnisgeschichte einging, ums Leben kam, wurde im Jahr 2000 wegen Mordes verurteilt. Noch in Untersuchungshaft geriet er in einen handgreiflichen Streit Byron Lima, der später als Mittäter für die Ermordung von Bischof Gerardi zu 20 Jahren verurteilt wurde. Bei diesem Streit stahl Barrientos die Agenda von Lima und überreichte diese den Anwälten, die den Fall Gerardi untersuchten.

Im Falle des ebenfalls kolumbianischen Häftlings Gustavo Alfonso Correa heisst es, dass er wahrscheinlich verwechselt wurde und das eigentliche Ziel Ricardo Ortega del Cid hätte sein sollen. Del Cid sitzt eine Strafe ab wegen der Ermordung einer Studentin, ein Fall, der in den 90er Jahren für Aufsehen sorgte, während Correa als ein angenehmer und ruhiger Häftling bekannt war, der in keinerlei illegaler Geschäfte verwickelt war und seine Zeit mit Bilder malen verbrachte.

Die Frage der Journalistin Claudia Méndez Arriaza ist durchaus berechtigt: Was geschah in *El Pavón*? Eine abschliessende Antwort wird man wohl auf diese Frage nie bekommen.

Der Phantasie sind jedoch keine Grenzen gesetzt und um sie noch etwas anzutreiben, ein letztes Detail: Eigentlich muss, wenn die Sicherheitskräfte einen geplanten Einsatz durchführen, das Menschenrechtsprokurat PDH beigezogen werden, um zu garantieren, dass es zu keinen Menschenrechtsverletzungen kommt. Im Fall von *El Pavón* wurde die PDH jedoch nicht "eingeladen", um die Aktion zu monitorieren. Dies übernahm freiwillig und in Kompetenzüberschreitung ihrer Funktion, die *Präsidiale Menschenrechtskommission* COPREDEH unter Leitung von Frank LaRue. Anders als die PDH kam sie in ihrem Bericht zum Schluss, es sei am 25. September alles mit rechten Dingen zu- und hergegangen.

## Rechtsunklarheiten begünstigen das Kindergeschäft

**Guatemala, 08. Dez.** Und es ist wieder einmal das Ausland, genauer gesagt, sind es die USA, die die guatemaltekischen Gesetzesmühlen in Bewegung bringen. Der Stein des Anstosses ist das seit Jahren diskutierte Thema der Adoptionen und die von Guatemalas Legislative bereits im Jahr 2003 ratifizierte Konvention von Den Haag, die spezielle Vorgaben für das Prozedere von Adoptionen macht. Widersprüchliche Interpretationen des Vorgangs verwirren die zuständigen Instanzen und ermöglichen den Missbrauch der nicht geklärten Situation.

So sind es im Moment vor allem NotarInnen, die allein mit ihrer Unterschrift und der Einnahme von durchschnittlich US-\$ 20'000 pro Vermittlung das Schicksal von zu vergebenden Kindern bestimmen. Das sind im Durchschnitt 5'000 im Jahr. Davon werden rund 90% in die USA vermittelt. Somit ist Guatemala nach China und Russland drittes „Kinderexportland“ in die USA, proportional zur Bevölkerung liegt Guatemala weltweit gar auf dem ersten Exportplatz von Minderjährigen. Aufgrund der bislang spärlichen Regulierung, hat sich in Guatemala rund um die vor allem internationalen Adoptionen ein lukrativer Arbeitsmarkt etabliert, der einige Einkommen sichert: für die biologischen Mütter, die oft jedoch zur Kindsabgabe gezwungen oder mit falschen Versprechen geködert werden und von ihrer Zusage nicht wieder zurücktreten können, für VermittlerInnen, Babysitter, ÜbersetzerInnen, AnwältInnen, Adoptionsagenturen und Heime bzw. Pflegefamilien, in denen die Babys, die erst mit sechs Monaten das Land verlassen dürfen, untergebracht werden. So geht es seltener darum, tatsächlich passende Eltern für ein Waisen- oder verstossenes Kind zu finden, als schon fast um die „Produktion“ von Kindern zur Befriedigung der Nachfrage.

Eine Studie des *Lateinamerikanischen Instituts für Erziehung und Kommunikation* (ILPEC) hat sich des Themas angenommen und festgestellt, dass Guatemala das einzige Land Lateinamerikas ist, in dem es überhaupt keines juristischen Prozesses bedarf, um an ein fremdes Kind zu kommen. So wird der Grossteil der aktuellen Vermittlungen zwar formal legal, grundrechtlich jedoch illegal abgewickelt, ist doch in vielen Fällen beispielsweise die Herkunft der Kinder unbekannt. Auch fehlt es an einer umfassenden staatlichen Kontrolle, es ist also ungewiss, wie viele guatemaltekische Kinder tatsächlich und unter welchen Umständen in internationale Adoption gegeben werden. Das kann höchstens über die Ausstellung von

entsprechenden Visa überprüft werden.

Daran soll mit dem anvisierten Inkraft-Treten der Den Haager Konvention nun grundsätzlich einiges geändert werden. Diese sieht eine transparentere Übergabe sowohl auf Seiten der biologischen Mutter, deren Einverständnis notariell beglaubigt sein muss, als auch auf der Seite der Adoptiveltern vor, deren Umgang mit dem Kind bis zu dessen Volljährigkeit unter staatliche Aufsicht gestellt wird, in erster Linie, um Arbeits- und sexuelle Ausbeutung zu verhindern. Zudem soll eine speziell beauftragte staatliche Institution sich der Adoptionen annehmen, ein Gericht muss den Prozess begleiten und der Vermittlungseinsatz von Agenturen, die einer Autorisierung bedürfen, darf nicht lukrativ sein.

Der Druck auf Guatemala ist jedoch weniger auf die Sorge um das Wohl der Kinder und die entsprechende langjährige Lobbyarbeit von Kinder- und Jugendschutzorganisationen zurückzuführen, sondern allein durch die Tatsache gestiegen, dass ab dem kommenden Jahr die Konvention von Den Haag in den USA Gültigkeit haben wird, womit diese nur noch Adoptionen aus Ländern zustimmen dürfen, die ebenfalls das Abkommen ratifiziert haben. Wenig verwundern zwei Phänomene: Solange offiziell noch nichts geregelt ist, nutzen die Agenturen den rechtlichen Spielraum und versuchen, noch in diesem Jahr möglichst viele Kinder zu vermitteln. Gleichzeitig werden auf Regierungsebene die rechtlichen Zuständigkeiten hin- und hergeschoben, ohne dass ein definitiver Entschluss gefällt wird.

Während allgemein geglaubt wird, die Konvention wäre durch die erklärte Verfassungswidrigkeit ungültig, und aus dem ursprünglich eingegangenen Beitritt zu diesem internationalen Abkommen müsse eine Ratifizierung entweder durch den Kongress oder dann doch durch den Präsidenten vorgenommen werden, klärt der ehemalige Verfassungsrichter Rodolfo Rohrmoser auf:

Seinerzeit habe der Kongress die Den Haager Konvention gebilligt und der Präsident habe gleich anschliessend den Beitritt zu dieser erklärt. Dieser Vorgang sei notwendig gewesen, da die Konvention nicht beizeiten unterzeichnet worden war, der Beitritt war einziger Ausweg. Im Nachhinein wurden beim Verfassungsgericht Einsprüche gegen die Billigung eingelegt, denen stattgegeben wurde, dennoch wurde zu keiner Zeit die provisorische Suspendierung derselben erklärt. Mit seiner verfassungsrechtlichen Befugnis zur Bestimmung der Aussenpolitik nahm der Präsident die Beitrittserklärung vor und in-

tergierte somit das internationale Abkommen in die nationale Gesetzesordnung. Nun handelt es sich um datentechnische Details, die aber laut Rohrmoser letztendlich dazu führten, dass trotz gegenteiliger Behauptung einiger JuristInnen, die Konvention in Guatemala niemals an Gültigkeit verloren hat. Aufgrund der widersprüchlichen Auffassungen, haben aber die meisten Justizangestellten und selbst das *Nationale Generalprokurat* (PGN), die Konvention nie angewendet und haben folglich rechtsstaatswidrig gehandelt. Um ein für alle Mal Klarheit zu schaffen, läge es nun am Präsidenten, sich für die Umsetzung der Konvention, also der Verabschiedung einer entsprechenden Gesetzgebung zum Schutz der Minderjährigen einzusetzen.

Anfang Dezember ist nun endlich ein Regierungsdekret zur Überprüfung auf Widrigkeiten dem Verfassungsgericht eingereicht. Gibt dieses grünes Licht, wird die Exekutive bestimmen, welche Institution – in Frage stehen das Generalprokurat (PGN) oder auch das Wohlfahrtssekretariat der Präsidentengattin – für Adoptionsangelegenheiten zuständig sein wird. Dann wird wohl auch den Anomalien ein Riegel vorgeschoben, die jetzt noch von der in der PGN in der Abteilung für Kindesangelegenheiten zuständige Josefina Arellano denunziert wurden. Arellano hat allein in diesem Jahr 21 NotarInnen angezeigt wegen Ungereimtheiten in Adoptionsakten in Form von Unterschriften- und Stempelfälschungen und falscher Papiere. Jedoch habe die Staatsanwaltschaft bislang zwar die Delikte ermittelt, ist jedoch nicht dem PGN-Antrag nachgekommen, die Akten zu beschlagnahmen oder anderweitig gegen die NotarInnen vorzugehen.

Die Gesetzgebung zu Gunsten der Minderjährigen und entsprechende Reformen des Strafgesetzbuches sind ohnehin dringend nötig, wird doch in unterschiedlichen Sphären die wachsende Schutzlosigkeit von Kindern und Jugendlichen aufgewiesen. Unter den in 2006 allgemein angestiegenen Zahlen von Morden wurden allein zwischen Januar und Mitte November 536 Minderjährige gezählt, es wird geschätzt, dass mindestens ein Viertel der Mädchen und Jungen im Alter zwischen 7 und 15 Jahren unter prekären Bedingungen arbeiten, anstatt zur Schule zu gehen, sexueller Missbrauch und Ausbeutung vor allem von Mädchen haben zugenommen und Kinder sind oftmals die ersten Schaulustigen und auch ZeugInnen von Mord- und Totschlag auf der Strasse – lange bevor die Freiwillige Feuerwehr kommt, um den Tatort zu sichern.